

Die Volksschaft.

Der Präsident unterbreitet dem Kongress den von der Bundesverfassung vorgeschriebenen Jahresbericht.

In der gemeinsamen Sitzung des Bundes senats und Bundesabgeordnetenhauses bei Beginn der regelmäßigen Tagung des 63. Kongresses unterbreitet Präsident Wilson den ersten seiner durch die Verfassung vorgeschriebenen Jahresberichte, die Jahresbotschaft, welche folgenden Wortlaut hat:

An den Kongress!
Der mir von der Verfassung auferlegte Pflicht, den Kongress von der Lage der Union in Kenntnis zu setzen, entspreche ich, nehme ich mit der Freiheit, zu Ihnen über verschiedene Angelegenheiten zu sprechen, die nach meinem Dafürhalten die Aufmerksamkeit Ihrer geehrten Körperschaft wie die Aufmerksamkeit aller derer, denen Wohlfahrt und Fortschritt der Nation am Herzen liegen, in besonders hervorragendem Maße verdienen.

Dabei bitte ich zunächst um Ihre Nachsicht, wenn ich etwas von dem bisherigen Gebrauch abweiche, Ihnen in förmlicher Uebersicht die vielen Angelegenheiten vorzulegen, welche seitens der verschiedenen Abteilungen der Regierung Beachtung gefunden haben und von ihnen bearbeitet worden sind, oder welche eine baldige Inangriffnahme erfordern; denn die Liste dieser Angelegenheiten ist lang, sehr lang und würde durch die Abfertigung, der ich sie unterwerfen möchte, leiden. Ich werde Ihnen die Berichte verschiedener Departementschefs übermitteln, in welchen die Gegenstände sorgfältig und im Detail behandelt sind, und erlaube mir, Ihnen eingehende Aufmerksamkeiten seitens Ihrer Komittees und aller Mitglieder des Kongresses zuteil werden zu lassen, die Zeit haben, sie durchzuarbeiten. Da sie das eigentliche Wesen der Tätigkeit der Regierung darstellen, liegt ihre Wichtigkeit darauf, daß sie Hand, daß sie einer Besprechung und Betonung meinerseits nicht bedürfen.

Wünscht Verträge zu bekräftigen.

Präsident Wilson erklärt, die Ver. Staaten hätten in Friedensverhandlungen die Führung.

Ich kann mit Dank betonen, daß unser Land sich mit der gesamten Welt im Frieden befindet. Es mehren sich die Anzeichen wachsender Herzlichkeit und der Ausbreitung des Geistes der Interessengemeinschaft der Völker, was eine Zeit des gegenseitigen Friedens und gegenseitigen Wohlwollens erwarten läßt. Immer bereitwilliger bekunden von Jahrzehnt zu Jahrzehnt die einzelnen Völker ihre Geneigtheit, sich durch feierlichen Vertrag zu friedlichen Verträgen, zu offener Aussprache und gegenseitigen billigen Zugeständnissen zu verpflichten. Bis jetzt haben die Ver. Staaten im Vordergrund solcher Verhandlungen gestanden. Sie werden, wie ich ernstlich hoffe und zuversichtlich glaube, von ihrem Festhalten am Prinzip internationaler Freundschaft einen neuen Beweis liefern, indem die verschiedenen Schiedsverträge ratifiziert werden, welche der Erneuerung durch den Senat harren.

Abgesehen von diesen Verträgen, hatte das Staats-Departement den Vorzug, die prinzipielle Zustimmung von nicht weniger als einunddreißig Staaten, die zusammen vier Fünftel der Bevölkerung der Welt ausmachen, zu Verhandlungen über Verträge zu erlangen, durch welche vereinbart werden soll, daß, wenn immer Interessen oder politische Streitigkeiten entstehen, die nicht auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege erledigt werden können, sie von einem von den Parteien erwählten Gerichtshof öffentlich analysiert, besprochen und beurteilt werden sollen, ehe eine der beteiligten Nationen daran geht, sich über ihre Vorgehen schlüssig zu machen.

Es gibt nur eine mögliche Richtschnur, nach welcher Kontroversen zwischen den Ver. Staaten und anderen Nationen behandelt werden können, und diese umfaßt als einzige Elemente zwei Gesichtspunkte: unsere eigene Ehre und unsere Verpflichtungen dem Weltfrieden gegenüber. Eine derart fehlgeleitete Richtschnur sollte mit Leichtigkeit sowohl bei der Eingehung neuer Vertragsverpflichtungen als auch bei der Auslegung der bereits übernommenen bestimmend werden.

Quarta muß fallen.

Der Präsident prophezeit den Fall des „Usurpators“, der selbst den Schein eines gesetzlichen Rechts fallen ließ und sich zum Diktator erklärte.

Rur eine Welle ist an unserem Horizont zu sehen. Sie hat sich südlich von unserem Lande gezeigt und

hängt über Mexiko. Es kann in Amerika keine sichere Aussicht auf Frieden geben, so lange nicht General Huerta seine angemessene amtliche Gewalt in Mexiko niedergelegt hat. In derartige vorübergehende Regierungen werden weder von der Regierung der Ver. Staaten anerkannt werden, noch wird die Regierung der Ver. Staaten mit ihnen in Verkehr treten. Wir sind Freunde konstitutioneller Regierung in Amerika. Mehr als das: wir sind nicht nur die Freunde solcher Regierungssysteme, sondern auch seine Vorkämpfer; denn unter keinem anderen System können unsere Nachbarn, denen wir in jeder Weise unsere Freundschaft zu beweisen wünschen, sich selbst in Frieden und Freiheit weiter entwickeln.

Mexiko hat keine Regierung, der Versuch, eine solche in der Stadt Mexiko aufrecht zu erhalten, ist misslungen, und ein reiner Militärdiktatorismus ist eingesetzt worden, der kaum noch mehr ist als ein Anflug an nationale Amtsgewalt. Er nahm seinen Anfang mit der Usurpation seitens Victoriano Huertas, der nach einem kurzen Versuche, die Rolle eines konstitutionellen Präsidenten zu spielen, schließlich selbst den Schein gesetzlichen Rechts hat fallen lassen und sich zum Diktator erklärt hat. Infolgedessen herrscht jetzt in Mexiko ein Zustand, der es zweifelhaft erscheinen läßt, ob selbst die elementarsten und grundlegenden Rechte sowohl der eigenen Bevölkerung Mexikos wie der Angehörigen anderer Länder, die auf mexikanischem Gebiet wohnen, erfolgreich geschützt werden können, und der, wenn er noch lange andauert, die Interessen des Friedens, der Ordnung und erträglichen Lebens in den Ländern, die unmittelbar südlich von uns liegen, zu gefährden droht.

Selbst wenn es dem Ursprung der Sache wäre, seinen Zweck trotz der Verfassung der Republik und trotz der Rechte der Bürger derselben zu erreichen, würde es nichts geschaffen haben, als eine präfabrierte und verhaftete Gewalt, die nur kurze Zeit bestehen könnte und deren Fall das Land in bedauerlicherer Lage als je lassen würde. Aber er hat seinen Zweck nicht erreicht. Er hat die Achtung und die moralische Unterstützung selbst derjenigen verschert, die es einstmalig gern gesehen hätten, daß er Erfolg hätte. Er ist nach und nach vollständig isoliert worden. Seine Macht und sein Ansehen schwinden Tag für Tag um eine weitere Kleinigkeit und der Zusammenbruch ist nicht mehr fern. Ich denke, wir sollen uns nicht genötigt fühlen, unsere Politik aufmerksamen Abwartens zu ändern. Und dann, wenn das Ende da ist, wollen wir hoffen, in dem unglücklichen Mexiko verfassungsmäßige Ordnung durch das Zusammenwirken und die Energie derjenigen der dortigen Führer wiederhergestellt zu sehen, die der Freiheit ihres Volkes vor ihren eigenen ehrsüchtigen Zwecken den Vorrang einräumen.

Neue Bankgesetzgebung.

Der Präsident bringt auf eine Maßregel, die sich für die Farmer vorteilhaft erweisen werde. — Er hofft auf schnelles Handeln.

Ich wende mich nun zu inneren Angelegenheiten. Sie haben bereits eine Bill zur Reformierung unseres Bank- und Papiergeldsystems in Erwägung, auf welche das Land mit Ungeduld wartet, da sie für gesamtes Geschäftsleben grundlegend und überaus notwendig ist, den Kredit von willkürlichen und künstlichen Beschränkungen zu befreien. Ich brauche nicht erst zu sagen, wie sehr ich darauf hoffe, daß die Bill bald zum Gesetz erhoben werde. Ich erlaube mir zu bitten, daß die volle Energie und Aufmerksamkeit des Senats darauf konzentriert werde, bis die Angelegenheit erfolgreich erledigt ist. Und doch fühle ich, daß es dieser Bitte nicht bedarf, daß die Mitglieder jenes hohen Hauses bei diesem Dienste im Interesse des Landes keines Drängens bedürfen.

Ich lege Ihnen ferner die Notwendigkeit ans Herz, daß auch spezielle Fürsorge getroffen werde für die Erleichterung des Kredits, dessen die Farmer unseres Landes bedürfen. Die schwebende Bankgesetzgebung leistet den Farmern einen großen Dienst. Sie stellt sie mit anderen Geschäftselementen und Unternehmern auf gleiche Stufe, wie es sein muß, und nach der Passierung der Bill werden sie sich von vielen Schwierigkeiten frei finden, welche ihnen jetzt im Gebiete des Kredits hinderlich sind. Die Farmer dürfen natürlich spezielle Vorrechte wie z. B. Gewährung von Krediten seitens der Regierung selbst, weder verlangen noch erhalten. Was sie gebrauchen und bekommen sollten, ist Gesetzgebung, welche ihre eigenen reichen und begabten Kreditquellen als Unterlage für gemeinsame lokale Betätigung in ihrem Interesse zur Erlangung des Kapitals, dessen sie bedürfen, verfügbar macht. Dieser Zweck müssen wir uns jetzt widmen.

Sonderbar genug ist es dahin gekommen, daß wir den Oberbetrieb unserer Farmer in seiner Unterbrechung hinter den anderen Tätigkeitsfeldern unseres Landes haben nachhinken lassen. Ich brauche Ihnen nicht

zu sagen, von welcher fundamentalen Bedeutung für das Leben des Volkes die Produktion seiner Nahrungsmittel ist. Wir mögen unsere Gedanken gewöhnlich auf die Städte und die Aemter der Regierung richten, auf das Geschäft des Kaufmanns, auf den Markt der Waren und den Markt der Aktien, und den Markt der Waren konzentrieren; von den stillen Freizeiten der offenen Täler und den freien Bergabhängen, von Farm und Ranch, von Wald und Bergwerk ziehen wir die Quellen des Lebens und der Prosperität. Ohne sie würde jede Straße still, jedes Bureau verlassen sein, würde jede Fabrik in Verfall geraten.

Und doch steht der Farmer im Kreditmarkt mit dem Waldbesitzer und dem Bergwerksbesitzer nicht auf gleicher Stufe. Er ist der Elende der Jahreszeiten. Die Natur bestimmt, wie lange er auf seine Ernte warten muß, und sie läßt sich in ihrer Tätigkeit nicht zur Beschleunigung antreiben. Er kann seinen Wechsel geben, aber die Zeit, wenn der Wechsel fällt, hängt von der Zeit ab, in welcher seine Ernte reif ist und an den Toren des Marktes liegt, auf welchem seine Produkte verkauft werden. Und die Sicherheit, die er gibt, ist von einer Natur, die man im Bureau des Bankiers nicht so genau kennt, wie es sein könnte.

Das Landwirtschafts-Departement der Regierung sucht, wie nie zuvor, dazu mitzuwirken, daß der Farmer ein leistungsfähiges Geschäft werde, von welchem ein kooperativer Charakter, in schneller Fälligkeit und den Nahrungsmittelmärkten. Die Farmer und die Regierung werden auf diesem Gebiete künftig gemeinsam als wirkliche Partner arbeiten, wo wir jetzt den Weg, den wir zu gehen haben, sehr deutlich vor uns zu sehen beginnen und wo bereits viele vernünftige Pläne zur Ausführung kommen.

Das Schahamt der Ver. Staaten hat durch rechtliche und wohlüberlegte Verteilung seiner Depots die Bewegung der Ernte in der gegenwärtigen Jahreszeit erleichtert und eine Knappheit verfügbarer Fonds verhindert, wie man sie zu solcher Zeit häufig gesehen hat. Aber wir dürfen nicht auf außerordentliche Hilfsmittel angewiesen bleiben. Wir müssen auch die Mittel beschaffen, mit denen der Farmer seinen Kredit stets und leicht verfügbar machen und, sobald er will, sich das Kapital zur Unterstützung und zur Ausdehnung seines Geschäfts beschaffen kann. In dem Bewußtsein, das zu erreichen, stehen wir hinter vielen großen Staaten der modernen Welt zurück. Auf der einen Seite des Wassers hat man Systeme des ländlichen Kreditwesens erdacht und entwickelt, während wir es unseren Farmern überlassen haben, zuzusehen, wie sie sich auf dem gewöhnlichen Geldmarkt selbst zurechtfinden. Sie brauchen sich nur in irgend einem ländlichen Bezirk umzuschauen, um die Folgen der Hindernisse und der Verlegenheiten zu sehen, welche wir ihnen bereitet haben, die unsere Nahrungsmittel produzieren.

Im Bewußtsein unserer Unterlassungssünde in dieser Hinsicht hat der Kongress vor kurzem die Schaffung einer Spezialkommission für das Studium der verschiedenen Landkreditssysteme genehmigt, die man in Europa zur praktischen Anwendung gebracht hat, und diese Kommission ist bereits imstande, Bericht zu erstatten. Ihr Bericht dürfte es uns leichter machen, darüber schlüssig zu werden, welche Methode für die Farmer unseres Landes die geeignetste ist. Ich hoffe und bin überzeugt, daß die Komittees des Senats und des Hauses sich dieser Angelegenheit widmen und dabei die fruchtbringendsten Resultate erzielen werden, und ich bin überzeugt, daß die Untersuchungen und die vor kurzem gefassten Pläne des Landwirtschafts-Departements herangezogen werden können, um ihnen bei Erledigung ihrer Aufgabe, geeignete, passende Gesetze zu schaffen, besonders dienlich zu sein.

Es wäre für jeden lässig und anmaßend, in einer so bedeutenden und vielseitigen Frage Dogmen aufzustellen; aber ich habe Zuversicht, daß gemeinsame Beratung zu dem Resultat führen wird, das wir alle wünschen müssen.

Das Anti-Trust-Gesetz.

Der Präsident empfiehlt, es durch deutlichere gesetzliche Bestimmungen zu ergänzen und seine Anwendung zu erleichtern.

Wenden wir uns nun von der Farm zu der Geschäftswelt, die sich in der Stadt und in der Fabrik konzentriert, und da denke ich, daß alle denkbaren Beobachter darin einig sind, daß der unmittelbare Dienst, den wir den Geschäftskreisen des Landes schulden, der ist, private Monopole wirksam zu verhindern, als bis jetzt geschehen ist. Ich denke, es wird überwiegen, daß das Beste zugunsten derer, die wir als Obermannschaft des Anti-Trust-Gesetz anerkennen, so wie es ist und mit seinem freilichem Gebiete, dessen Umfang, aber den Umfang dieses freilichem Gebiets so weit wie möglich durch zusätzliche und ausführlichere gesetzliche Bestimmungen

einengen und gleichzeitig jenes große Gesetz durch Bestimmungen ergänzen, die es nicht allein deutlich machen, sondern auch seine Anwendung erleichtern und für alle Beteiligten geachtet machen.

Die Gesetzgeber wünschen wir alle und einzeln das Land, das das Mittelpunkt unserer Beratungen in der jetzigen Session bilden wird, aber der Gegenstand ist so vielseitig und bedarf derartiger sorgfältiger und eingehender Diskussion, daß ich mir erlaube, darüber später in einer speziellen Volksschaft zu Ihnen zu sprechen. Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß die Geschäftskreise unseres Landes von allen Ungleichheiten des Gesetzes hinsichtlich ihrer Unternehmungen und Geländeanlagen befreit werden und ihnen ein klarer Weg angedeutet werde, den sie ohne Besorgnis gehen können. Es ist ebenso wichtig, daß sie von Ungelegenheit befreit und in den Stand gesetzt werden, zu prosperieren, wie das das Privatmonopol vermag. Die Wege der Befähigung müssen weit geöffnet werden.

Für direkte Primärwahlen.

Präsident Wilson erklärt, daß die Kandidaten für die Präsidentschaft von den Wählern aufgestellt, konvente zwar beibehalten, aber aus den Parteikandidaten selbst gebildet werden und nur das Parteiprogramm zu entwerfen haben.

Ich wende mich einem Gegenstande zu, der sich, wie ich hoffe, rasch und ohne ernstliche Gegenrede irgendwelcher Art erledigen läßt, nämlich der Methode der Aufstellung von Kandidaten für die Präsidentschaft der Ver. Staaten. Ich glaube, die Wünsche oder Erwartungen des Landes nicht falsch zu denken, wenn ich auf sofortige Gesetzgebung dringe, durch welche im ganzen Lande Primärwahlen eingeführt werden, in denen die Stimmgäber der verschiedenen Parteien ohne das Eingreifen von Konventen ihre Kandidaten für die Präsidentschaft aufstellen. Ich erlaube mir den Vorschlag, daß diese Gesetzgebung die Beibehaltung der Parteikonvente verpflichten sollte, aber nur zu dem Zweck, daß dieselben das Resultat der Volkswahl feststellen und verkündigen, sowie die Programme der Parteien zu entwerfen haben. Und diese Konvente sollten, nach meinem Dafürhalten, nicht aus zu diesem Zweck ernannten Delegaten bestehen, sondern aus den Parteikandidaten für den Kongress, Repräsentantenhaus und Senat, den Bundes senatoren, deren Amtstermin noch nicht abgelaufen ist, den nationalen Parteiausläsfern und den Parteikandidaten selbst, damit das Parteiprogramm von demjenigen entworfen wird, welche dem Volke die seine Ausführung verantwortungsvoll sind.

Zukunft der Philippinen.

Schließliche Unabhängigkeit der Inseln ist anzustreben und deren Bevölkerung zur Selbstregierung zu erziehen.

Alle diese bisher berührten Gegenstände sind für uns in der Heimat von hoher Bedeutung, aber neben ihnen, außerhalb des Zauberkreises unseres nationalen Lebens, in dem unsere Gefühle sowohl, wie unser Gewissen sind, erheben sich unsere Verpflichtungen den überseeischen Gebieten gegenüber. Hier haben wir einen Vertrauensposten übernommen. Es ist wahr, Porto Rico, Hawaii, die Philippinen gehören uns, aber nicht in dem Sinne, daß wir damit nach Willkür schalten und walten können. Diese Gebiete, einstmalig als bloße Besitzungen angesehen, können nicht länger selbstständig ausgebeutet werden. Sie gehören in das Bereich des öffentlichen Gewissens und zweckmäßiger und ausgeglichener Staatskunst.

Wir müssen dieselben für die Menschen verwalten, die dort wohnen, mit demselben Gefühl der Verantwortlichkeit, welche jenen gegenüber, das wir für unser Volk in der Heimat empfinden. Sicherlich wird es uns gelingen, Porto Rico und die Hawaii-Inseln durch Wandel der Gerechtigkeit, der Interessen und Gefühle an uns zu fesseln, aber den Philippinen gegenüber haben wir schwerere und fraglichere Pflichten zu erfüllen. Die Forderungen geschwätzter Gerechtigkeit können wir den Bewohnern von Porto Rico gegenüber dadurch befriedigen, daß wir ihnen die weitgehenden und bekannten Rechte und Privilegien gewähren, die unsere eigenen Bürger im eigenen Lande genießen, und unseren Verpflichtungen gegen die Bevölkerung von Hawaii werden wir gerecht, wenn wir die ihr bereits gewährte Selbstverwaltung vollstommen machen — aber in den Philippinen müssen wir weiter gehen. Wir müssen den Zeitpunkt deren schließlicher Unabhängigkeit stets im Auge behalten und unsere Ziele beständig zu verfolgen, so rasch der Weg gebet und die Grundlagede verständig und dauerhaft gelegt werden kann.

Von dem Präsidenten durch den Kongress übertragenen Vollmacht Gebrauch machend, habe ich den Volk der Inseln bereits eine Reihe der Mitglieder in beiden Häusern seiner

gesetzgebenden Körperschaft zugestanden, indem ich fünf anstatt vier eingeborene Bürger in die Kommission berief. Ich glaube, daß wir auf diese Weise ihre Befähigung im Rat und ihre Pflichterfüllung in der Ausübung politischer Verantwortlichkeiten erproben können und daß die Folgen dieses Schrittes uns hinsichtlich Klarheit über die ferneren zu machenden Zugeständnisse verschaffen werden.

Schritt für Schritt sollten wir das System der Selbstverwaltung in den Inseln ausdehnen und veranschaulichen, indem wir Proben anstellen und auf Grund der damit gemachten Erfahrungen von Erfolg oder Mißerfolg Änderungen vornehmen. Mehr und mehr sollten wir den eingeborenen Bürgern der Inselgruppe die Kontrolle über ihre wichtigsten Lebensfragen anvertrauen, ihre Lokalbehörden, ihre Schulen, die öffentlichen Interessen ihrer Gemeinwesen, und auf diese Weise mit Weisheit und Erfahrung eine Regierung errichten, der alle Welt zugesehen muß, daß sie für ein sich selbst regierendes Volk geeignet ist.

Endlich, so hoffe und glaube ich, fangen wir an, das Vertrauen der Philippiner zu gewinnen. Durch ihren Rat und durch ihre Erfahrung, mehr als durch unsere eigenen, werden wir erfahren, wie wir ihnen am besten dienen können und wie bald es möglich und weise sein wird, unsere Oberleitung einzustellen. Wenn wir erst den rechten Pfad gefunden haben und mit festem, zuversichtlichem Schritt darauf vorwärts schreiten, werden wir nicht ziellos herumwandern oder zaudern.

Alaskas Erschließung.

Der Präsident bringt auf Bundeshilfe zur Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen und Errichtung einer Territorialregierung.

Mit Bezug auf Alaska stehen wir einer sehr dringenden und gebieterischen Pflicht gegenüber. Vielleicht sollte ich von einer doppelten Pflicht reden, denn es handelt sich sowohl um die politische wie die materielle Entwicklung jenes Territoriums. Dem Volke von Alaska sollte die unterstützte Form einer Territorialregierung zuteil werden und die Bodenschätze Alaskas sollten erschlossen werden. Einer der Schlüssel besteht in der Anlage eines Eisenbahnhanges. Dieses sollte von der Bundesregierung selbst gebaut und verwaltet werden, und die Häfen und Endpunkte der Bahnen sollten ebenfalls von der Regierung kontrolliert werden, um der Entwicklung des Landes und seinen Bewohnern zu dienen.

Aber der Bau von Eisenbahnen ist nur der erste Schritt — bedeutet nur das Einlegen des Schlüssel zum Vorratsschloß, das Aufsperrn des Schloßes und Öffnen des Tresors. Wie die lodenden Schätze des Bodens gehoben werden sollen, ist eine andere Frage, auf die Ihre Aufmerksamkeit zu lenken ich mir von Zeit zu Zeit erlauben werde. Denn es handelt sich dabei um eine Aufgabe, die nur in wohlüberlegten Schritten, nicht durch Theorie, sondern nach den Forderungen praktischer Wirklichkeit erledigt werden kann. Sie bildet einen Teil des allgemeinen Problems der Erhaltung unserer Naturerschätze (Conservation). In Alaska sind wir bei der Lösung jenes Problems weniger behindert, als in den Staaten der Union, wenn auch Prinzip und Zweck überall die gleichen sind. Wir müssen die Hilfsquellen des Landes benützen, nicht sie verschleusen.

Es braucht dabei keinerlei Konflikt oder Eifersucht zwischen Staats- und Bundesbehörden zu entstehen, denn von einem wirklichen Unterschied der Absicht kann keine Rede sein. Die betreffenden Naturerschätze müssen gebraucht, aber nicht vernichtet werden — gebraucht aber nicht monopolisiert werden auf Grund irgendwelcher beschränkter Ansicht von persönlichen Rechten im Gegensatz zu den unbestreitbaren Interessen der Allgemeinheit. Was mich anbelangt, so bezeichne ich nicht, daß durch Beschränkungen und Zugeständnisse ein Verfahren gefunden werden kann, durch welches diese Hilfsquellen zugänglich gemacht werden können, ohne sie zu gefährden oder zu vergeuden. Und dieses kann durch Regulierung und Gesetzen für Volk und Regierung des ganzen Landes, deren Erbschaft jene Hilfsquellen sind, durchaus annehmbar ist. Eine derartige Lösung müssen wir uns anstreben. Ein gemeinsamer Zweck sollte Einigung leicht machen.

Sicherheit der Arbeitgeber.

Rörperliche Sicherheit der arbeitenden Alasken. Präsident Wilson empfiehlt Schutzgesetzgebung.

Roch drei oder vier Sachen von besonderer Wichtigkeit und Bedeutung sind es, deren Erwähnung Sie mir zum Schluß noch gestatten werden. Unser „Bureau für Bergwerke“ sollte in die Lage versetzt und ermächtigt werden, noch wirksamere Dienste als jetzt schon zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Bergwerken zu leisten und den Grubenbetrieb

wirtschaftlich sparsamer und ergiebiger, sowie auch körperlich sicherer zu machen. Es handelt sich bei einem überaus wichtigen Zweig des Wertes der Konföderierung unseres Naturreichtums, und die Erhaltung von Menschenleben und Dienstentkraftung liegt unseren Interessen selbst noch näher, als die Beschützung unserer materiellen Güter gegen Verschwendung.

Wohle Gerechtigkeit macht es uns zur Pflicht, die Eisenbahngestellten des Landes durch ein billiges und wirksames Gesetz, die Haftbarkeit der Arbeitgeber betreffend, zu schützen. Ein derartiges Gesetz, zu dem wir uns getrost bekennen dürfen, wird den Leitern der Eisenbahnen des Landes nicht weniger zum Vorteil gereichen, als ihren Angestellten. Dies wird durch die Erfahrung, die man in einer großen Anzahl von Staaten gemacht hat, zur Genüge bestätigt. Den bringenden Forderungen einfacher Gerechtigkeit, wie die eben erwähnte, sollten wir uns mit demselben Ernste widmen, wie der Herbeiführung politischer und ökonomischer Reformen. Zuerst kommt soziale Gerechtigkeit. Das Gesetz ist die Maschinerie zu deren Verwirklichung und hat nur als ihr Ausdruck und ihre Verkörperung Bedeutung.

Auf die Anregung unserer eigenen Regierung ist gegenwärtig ein internationaler Kongress zur Besprechung aller die Sicherheit auf See betreffenden Fragen in London in Sitzung. Sobald die Beschlüsse dieses Kongresses zu erfahren sind und in Erwägung gezogen werden können, sollten wir uns, unter anderem, an prompte Abstellung der sehr unsicheren, unbilligen und mühsamen Zustände machen, unter welchen die Seeleute jetzt ihrem Berufe obliegen müssen und die es außerordentlich erschweren, mutige und fähige Männer, deren jedes Schiff bedarf, wenn es mit Sicherheit beibehalten und in den Hafen gebracht werden soll, für den Seebienst zu gewinnen.

Lassen Sie mich das wirklich große Vergnügen ausdrücken, welches es mir bereitet hat, mit diesem Kongress zusammen zu arbeiten und mit ihm die Nutzen des öffentlichen Dienstes zu teilen, dem er sich so rückhaltlos während der verflochtenen sieben Monate konzentrierter gesetzgeberischer Tätigkeit ohne Klage hingeeben hat.

Sicherlich ist es ein possender und wesentlicher Teil meines Berichtes über den „Zustand der Union“, wenn ich darin meine Bewunderung ausdrücke für den Fleiß, den guten Willen und das volle Verständnis öffentlicher Pflicht, die beide Häuser des Kongresses bis jetzt bewiesen haben. Und ich hoffe, daß es nicht als ungehöriges Eindringen meiner eigenen Persönlichkeit in das Bild angesehen wird, wenn ich betone, welche große und dauernde Befriedigung es mir gewährt hat, von dem Vorrat, meine Zeit und Kraft im Rat wie in der Handlung zu Ihrer Verfügung stellen zu können, Gebrauch zu machen.

Woodrow Wilson.

Kälte und Hunger.

In Queenstown sind Nachrichten über die schredliche Not eingelaufen, die die Mannschaft des britischen Schooners „Arthur H.“, der kürzlich in Halifax in Neu-Schottland eingelaufen ist, zu erdulden hatte. Während Monate lang sah das Schiff in Baffinland und dem nördlichen Ausläufer von Angora fest. Während zehn Monaten, solange als der arktische Winter währte, war das Schiff eingetroffen, und eine Forschungsabteilung von sechs Mann unter dem Kapitän Chapman wurde von einem Schneesturm überfallen, der sieben Tage anhielt. Drei Tage lang waren sie ohne Nahrung und hatten unfähige Leiden zu erdulden. So lange Nahrung vorhanden war, zeigten die Eskimos große Ausdauer. Sie wurden jedoch hilflos und zweifelhaft, als sämtlicher Proviant verzehrt war. Nach zehn Tagen ließ die Kolonne auf andere Eskimos, die sie mit Nahrungsmitteln versahen, und gelangte schließlich an Bord des Schiffes zurück. Während der vierzehnmönatigen Abwesenheit hatte die Schiffsmannschaft nur einmal Nachricht von der Außenwelt erhalten.

Leonardifahrten in Bayern.

Zu den ältesten Volksgebräuchen in Bayern zählen die Leonardifahrten, die alljährlich am 6. November stattfinden. Außer der eigentlichen Bevölkerung strömen Tausende von Städtern zu diesen Festlichkeiten herbei, um die farbenprächtigen Umzüge zu sehen. Reichgeschmückte Wagen, mit schönen Pferden bespannt, umfahren in langen Zügen die St. Leonardikapellen; die eigenartigen, zum Teil sehr reich verzierten Karren verfahren diesen Veranstaltungen eine besonders malerische Note. Ein frohes Volksfest bildet den Abschluß der Leonardifahrten, die schon den Römern bekannt waren. Die meistbesuchten Festlichkeiten jener Art finden in Bad Tölz und Nibbachau bei Schliersee statt, aber auch an anderen hervorragenden Orten werden diese Volksgebräuche eifrig gepflegt.